
FDP Maintal

KULTURBEAUFTRAGTER MUSS FÜR DIE KULTUR DA SEIN – FDP MAINTAL GEGEN POLITISCHE BESETZUNG DES NEUEN EHRENAMTES

31.08.2012

„Die neue Position eines ehrenamtlichen Kulturbeauftragten soll der Kultur dienen!“ stellt die FDP-Stadtverordnete Ulrike Schmidt die Auffassung der Liberalen in Maintal heraus. Die FDP hatte im letzten Jahr die Initiative ergriffen und mit einem Antrag dafür geworben, nach dem Ausscheiden des damaligen Leiters des Kulturamtes die Stelle nicht neu zu besetzen und statt dessen einen ehrenamtlichen Kulturbeauftragten einzusetzen. Der Antrag hatte eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung gefunden. „Uns ging es immer darum, die Kultur in Maintal zu stärken und hierfür einen Experten aus dem Kulturbereich zu gewinnen.“ erinnert Ulrike Schmidt an die Beweggründe der FDP.

Seit der Beschlussfassung ist in der Sache nach Beobachtung der FDP noch wenig geschehen. Der Bürgermeister hält eine Ausschreibung der ehrenamtlichen Stelle zurück, bis der Haushalt genehmigt ist. „Jetzt, wo die Haushaltsgenehmigung vorliegt, steht einer Ausschreibung nichts mehr im Wege!“ fordert die FDP-Stadtverordnete jetzt ein zügiges Handeln des Magistrates ein. Für die FDP ist dabei klar, dass die Besetzung von Positionen eine Angelegenheit des Magistrates ist. Sie hofft, dass sich qualifizierte Personen aus dem kulturellen Umfeld bewerben werden und der Magistrat so eine Auswahl hat.

Die FDP habe bewusst keine Stelle schaffen wollen, die Gegenstand eines politischen Ringens in der Stadtverordnetenversammlung ist. „Der ehrenamtliche Kulturbeauftragte ist zu wichtig, als dass er zum Spielball von politischen Postenschiebereien wird!“ fordert Ulrike Schmidt auch die anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung zur Zurückhaltung auf. Besorgt ist sie über Gerüchte, dass die Noch-Mehrheit von SPD, WAM und GAM einen eigenen Kandidaten in der Position installieren wolle, um die Kultur nach

eigenen Vorstellungen zu gestalten. Deshalb warnt die FDP-Politikerin davor, den guten Ansatz des neuen Ehrenamtes durch zu viel Einflussnahme der Stadtverordnetenversammlung zu zerstören